



Bund für Geistesfreiheit – bfg Bayern
Körperschaft des öffentlichen Rechts
Hemauerstr. 15 – 93047 Regensburg

Tel.: 0941 64660048 – vorsitzender@bfg-bayern.de
Internet: <http://www.bfg-bayern.de>
Bankverbindung: Sparkasse Nürnberg
Kto. – Nr. 1 051 247 / BLZ: 760 501 01

Freigeistige Betrachtungen

eine Sendung des

Bundes für Geistesfreiheit (bfg) Bayern

Körperschaft des öffentlichen Rechts
im Bayerischen Rundfunk, Programm Bayern II, UKW
am Sonntag, den 21. April 2013 um 6.45 Uhr

Texte: Gerhard Rampp, Stefan Aigner

SprecherInnen: Ute Schmid, Erwin Schmid

Sprecher:

Guten Morgen, liebe Hörerinnen und Hörer,

wir begrüßen Sie herzlich zu dieser Sendung des Bundes für Geistesfreiheit Bayern, kurz bfg. Wenn Sie mehr über den bfg, seine Grundsätze und Aktivitäten wissen wollen: Unsere Kontaktdaten erfahren Sie am Ende der Sendung. Heute stellen wir Ihnen unsere Prüfsteine zur Landtagswahl in Bayern vor. Wir haben Erfreuliches für alles Konfessionsfreien mitzuteilen. Und wir beschäftigen uns mit den Morden des Nationalsozialistischen Untergrunds und der Rolle der Geheimdienste. Doch zuerst:

Sprecherin

Das Erbe der Folterknechte

Sprecher

„Montag, den 1. März 1627 ist auf vorhergehende reifliche Beratung der Fürstlich Eichstättischen weltlichen Herren Hofräte die Bürgermeisterin Ursula Bonschab auf 16 beständige und auf den Tod bestätigte Denunziationen hin wegen des Verdachts der Hexerei gefangen genommen und gleich gütlich und peinlich vernommen worden.“

Aus dem Verhörprotokoll der Ursula Bonschab

Sprecherin

Im Zeitalter der Hexenprozesse gehörte das Hochstift Eichstätt zu den Zentren. An kaum einem anderen Ort im Deutschen Reich wurden mehr Menschen gefoltert und hingerichtet. Zwischen 1411 und 1637 sind 426 Fälle dokumentiert. Ein Blick in die ausführlichen Folterprotokolle und Todesurteile offenbart, was hinter dieser Zahl steht. Ein kollektives Kapitalverbrechen gegen die Menschlichkeit. Eine Giftbrühe aus Intrigen und Habgier, Sadismus und Mordlust.

Sprecher

„Im Folterkeller ist sie nach langer Rede zum Zug gebunden (dabei wurden der nackten Frau die Arme hinter dem Rücken gefesselt und sie daran hochgezogen), die sagt, ja nun man könne sie noch so hart peinigen, damit sie es sagen müsste, sie wolle darum doch kein falsches Bekenntnis ablegen. Und nach solcher ihrer Halsstarrigkeit wurde sie nun ein wenig gerüttelt, über sich gezogen und befragt.“

Aus dem Verhörprotokoll der Ursula Bonschab

Sprecherin

Der Künstler Wolfram Kastner hat die Protokolle der Mörder und Folterer studiert und transkribiert. Er ist zu dem Schluss gekommen: In Eichstätt wurden insbesondere vermögende Frauen, aber auch Männer verfolgt und hingerichtet. Die Besitztümer und das Geld der Ermordeten hat sich die Kirche einverleibt und bis heute behalten. Für eine Rehabilitierung der ermordeten Menschen fühlt sich weder das Erzbistum noch die Stadt Eichstätt zuständig. Eine 2001 geplante Ausstellung zur Hexenverfolgung wurde kurzfristig und mit fadenscheinigem Grund abgesagt. Dem Vernehmen nach, weil die Geistlichkeit Einspruch erhoben hatte.

Sprecher

„Mittwoch den 3. März ist die Bonschabin vorgeführt und befragt worden. Die sagt, sie könne nichts sagen und wisse nichts, deswegen wurde sie gefesselt und mit Ruten gepeitscht, ohne ein Bekenntnis. Da wurden ihr nochmals die Beinschrauben angelegt – aber ohne Ergebnis.“

Aus dem Verhörprotokoll Ursula Bonschab

Sprecherin

Wolfram Kastner hat einen Brief geschrieben. An den Oberbürgermeister von Eichstätt, Andreas Steppberger und an Bischof Gregor Maria Hanke. Der Künstler regt darin an, der Ermordeten an prominenter Stelle sichtbar und dauerhaft zu gedenken.

Kastner schreibt: „Eine Vielzahl deutscher Gemeinden hat sich in den letzten Jahren dazu verstanden, die Verfolgten, die an diesen Orten gequält und ermordet wurden, zu rehabilitieren: moralisch, theologisch, rechtlich. (...) Weil Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht verjähren, rufen wir Sie und die Stadträte von Eichstätt, die

Bürgerinnen und Bürger, den Bischof und die Gemeindemitglieder auf, dem Beispiel von Köln, Bad Homburg, Detmold, Eschwege, Hofheim, Idstein, Lemgo, Osnabrück, Suhl, Sundern, Werl und vielen anderen zu folgen.“ Der bfg Bayern unterstützt Kastners Engagement mit 1.500 Euro.

Sprecher

„Sie wurde abermals zum Verhör gefordert und befragt, wie lange es her sei, dass sie in dieses Laster gekommen ist. Die sagt, sie wolle ihre Seele nicht freiwillig verdammen, denn so wahr Gott gerecht sei, so könne sie nichts bekennen. Deswegen ist sie zum Schrecken in das Gewölbe geführt, zum Zug gebunden und das Gewicht angehängt worden. Die bleibt bei ihrer Halsstarrigkeit und teilt mit, sie könne nichts bekennen, sondern diejenigen Personen, die sie angegeben haben, die haben es aus Neid getan.“

Aus dem Verhörprotokoll Ursula Bonschab

Sprecherin

Nach 20 Tagen brutaler Folter und Kerker brach Ursula Bonschab zusammen. Sie gestand alles, was die Folterer von ihr hören wollten: Wetterzauber, Kinderausgraben, Coitus mit dem „bösen Feind“, Schadzauber mit Pulver und Salben an Menschen und Tieren. Unter Folterandrohung nannte sie 34 „Gespielen“, an denen sich die fürstbischöflichen Commissare in der Folge vergingen.

Ursula Bonschab wurde am 8. Mai 1627 „von Rechts wegen“ und von Gnaden des Fürstbischofs Westerstetten mit dem Schwert geköpft. Ihr Leichnam wurde verbrannt. Ihr beträchtliches Vermögen verlebte sich der Fürstbischof ein. Ursula Bonschabs Rehabilitation erfolgte bis heute ebensowenig wie eine Rückgabe des Raubguts. Sie ist nur eines von über 400 Opfern.

Sprecherin:

Wahlprüfsteine zur bayerischen Landtagswahl

Sprecher

Religionsunterricht, Arbeitsrecht, Tanzverbot. Wie stehen die Kandidaten, die sich zur Wahl stellen, zu den Privilegien der Kirche und damit verbundenen Nachteilen für konfessionsfreie Menschen? Im Vorfeld der Wahlen geht der bfg dieser Frage nach. Wir werden alle, die für den bayerischen Landtag kandidieren anschreiben und bitten, zu folgenden Fragen Stellung zu nehmen.

Sprecherin

Sollen die Gehälter von Bischöfen und Domkapitularen weiter aus allgemeinen Steuermitteln bezahlt werden?

Ist ein nach Konfessionen getrennter Religionsunterricht tatsächlich das richtige Mittel, um Kinder und Jugendliche zu gesellschaftlichen Grundwerten wie Toleranz zu erziehen?

Sollen die „stillen Tage“ abgeschafft werden?

Ist es akzeptabel, dass der Freistaat die katholische Universität Eichstätt zu 85 Prozent finanziert, ohne dort irgendwelche Mitspracherechte bei Lehrstuhlbesetzungen zu haben?

Wie halten es die Abgeordneten mit den Konkordatslehrstühlen? Und wie mit den Kirchenprivilegien im Arbeitsrecht?

Erhalten Konfessionsfreie mehr Sendezeit und Mitspracherecht in den Gremien des Bayerischen Rundfunks?

Sprecher

Als Hilfestellung erhalten die Kandidaten vom Bund für Geistesfreiheit aussagekräftige Zahlen und Daten. Die Antworten als Information für Ihre Wahlentscheidung liebe Hörerinnen und Hörer, werden wir noch rechtzeitig vor der Landtagswahl veröffentlichen.

Sprecherin:

Zahl der Konfessionsfreien weiter steigend

Sprecher:

2012 sind die beiden Großkirchen weiter geschrumpft. Die Zahl konfessionsfreier Menschen ist gestiegen. Das geht aus einer Untersuchung der Forschungsgruppe „Weltanschauungen in Deutschland“ hervor. Damit lag das Jahr genau im Trend der letzten beiden Jahrzehnte. Seit 1990 verlieren die beiden Kirchen in Deutschland nämlich jedes Jahr eine halbe Million Mitglieder.

Kirchenaustritte sind dafür inzwischen nicht mehr die Hauptursache. Vielmehr wird das verbliebene Kirchenvolk immer älter. Bei den Verstorbenen gehören rund drei Viertel einer Kirche an. Von den Neugeborenen wurde hingegen nur noch die Hälfte katholisch oder evangelisch getauft.

Der Hauptgrund für diese rasante Veränderung ist leicht erklärt: 70 Prozent der Austretenden sind jünger als 35 Jahre. Und genau diese Altersgruppe entscheidet, ob ihre Kinder überhaupt noch getauft werden.

Sprecherin:

Diese Entwicklung hat längst auch Bayern erreicht. Bei der Volkszählung von 1987 waren noch zwei Drittel der Bayern katholisch. Heute sind es nur noch etwas mehr als die Hälfte. Nicht ganz so stark ist die evangelische Kirche geschrumpft, nämlich von 24 auf 20 Prozent.

Dagegen waren vor 25 Jahren gerade mal sieben Prozent der bayerischen Bevölkerung konfessionsfrei. Heute ist es mehr als ein Viertel.

Besonders auffällig ist die Entwicklung in der Landeshauptstadt München, wo immerhin jeder neunte bayerische Einwohner lebt. Erst im Jahr 2000 sank dort der Anteil von Katholiken und Protestanten auf unter 60 Prozent, aber bereits elf Jahre später fiel er sogar unter die Hälfte. Da in München nur ein Drittel der Neugeborenen getauft wird, ist die weitere Schrumpfung bereits vorprogrammiert.

Sprecher:

Heute leben in Bayern mehr als drei Millionen konfessionsfreie Menschen – vier Mal so viele wie vor 25 Jahren. Das hat sich auch auf die Mitgliederentwicklung des Bundes für Geistesfreiheit ausgewirkt.

2011 wuchs die Mitgliederzahl in den Ortsgemeinschaften des bfg um knapp zehn Prozent. 2012 hat sie nach einer ersten Übersicht im gleichen Umfang zugenommen.

Zwei Gründe für diese Entwicklung fallen dabei besonders auf: Zum einen haben viele Angehörige der jüngeren und mittleren Generation schon lange eine grundsätzliche Sympathie für einen aufgeklärten weltlichen Humanismus und sind oft erfreut im Internet auf den Bund für Geistesfreiheit zu stoßen. Zum anderen hat sich herumgesprochen, dass die Mitgliedschaft im Bund für Geistesfreiheit von der Zahlung des sogenannten Besonderen Kirchgelds befreit.

Dies wird nämlich immer dann fällig, wenn der erwerbstätige Ehepartner keiner Kirche angehört, der nicht oder nur geringfügig erwerbstätige Gatte hingegen evangelisch ist. Dann wird der steuerzahlende Ehepartner über die Hintertür zur Kasse gebeten. Es sei denn, er gehört einer anderen Gemeinschaft an. Dies kann eine Kirche sein, aber eben auch der Bund für Geistesfreiheit.

Im Übrigen gibt es in den meisten Ortsgemeinschaften des Bundes für Geistesfreiheit auch die Möglichkeit einer beitragsfreien Mitgliedschaft, mit der Sie die Interessenvertretung der konfessionsfreien Menschen stärken können.

Sprecherin:

Verfassungsschutz abschaffen

Sprecher:

Am 17. April 2013 beginnt in München einer der wichtigsten Prozesse der deutschen Nachkriegsgeschichte. Verhandelt werden die Morde des Nationalsozialistischen Untergrunds. Bereits im Vorfeld, am kommenden Samstag, 13. April, gibt es eine Großdemonstration zu der über 200 Organisationen aufrufen. Sie startet um 13 Uhr am Stachus. Gefordert wird insbesondere die Abschaffung des Verfassungsschutzes. Das hat gute Gründe.

Sprecherin:

Knapp 18 Monate ist es her, seit die Polizei zwei Bankräuber in einem Wohnmobil stellte und die beiden sich mutmaßlich selbst erschossen. Bereits wenige Tage später deutete sich an, dass die beiden Toten – Uwe Bönhardt und Uwe Mundlos – im Verbund mit Beate Zschäpe sich über Jahre quer durch Deutschland gemordet haben.

Nun vergeht kaum eine Woche, in der nicht eine neue Ungereimtheit, ein neuer Skandal in Zusammenhang mit diesem „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) aufgedeckt wird: Finanzielle Aufbauhilfe durch den Verfassungsschutz. Sabotage von Polizeiarbeit. Geschredderte Akten. Verantwortliche Geheimdienstler und Staatsanwälte, die sich vor den Untersuchungsausschüssen wie Angehörige der organisierten Kriminalität verhalten. Eines steht bereits jetzt fest: Die Morde fanden unter den Augen des Staates statt.

Sprecher:

Die Geschichte beginnt Anfang der 90er in Jena.

Ein kommunal finanziertes Jugendzentrum entwickelt sich unbehelligt von den Staatsorganen zum Treffpunkt für Neonazis. Hier lernen sich Uwe Mundlos, Beate Zschäpe und Uwe Bönhardt kennen. Hier ist die Keimzelle des Thüringer Heimatschutzes. Aus ihm geht später der NSU hervor.

Gründer dieses Heimatschutzes ist Tino Brandt. Ein bekennender Nationalsozialist, der zunächst in Bayern aktiv war. In Thüringen, lässt Brandt sich wenig später vom Verfassungsschutz als Spitzel anwerben. 200.000 D-Mark erhält er dafür in den nächsten Jahren. Und eine schützende Hand. 35 Ermittlungsverfahren gegen Brandt werden allesamt eingestellt.

Sprecherin:

Unbehelligt und mit Geld ausgestattet baut Brandt den Thüringer Heimatschutz auf, wo sich Zschäpe, Mundlos und Bönhardt kennenlernen. 1998 tauchen sie unter. Zwei Jahre später begehen sie ihren ersten Mord: Sie erschießen in Nürnberg einen türkischstämmigen Blumenhändler. Bis 2007 ermorden sie neun weitere Menschen. Von den Sicherheitsbehörden werden sie nicht behelligt. Die Medien schreiben über „Dönermorde“. Die Ermittlungsgruppe tauft sich „Bosporus“. Kriminalisiert werden die Opfer.

Sprecher:

Betrachtet man, welche Informationen der Verfassungsschutz bereits damals hatte, wo überall V-Leute angeworben wurden kommt man nicht umhin, zu dem Schluss zu kommen, dass der Geheimdienst zumindest wusste, wer mit wem zusammenarbeitet. Der Thüringer Heimatschutz und das Umfeld der NSU waren mit staatlich alimentierten Spitzeln regelrecht durchsetzt. V-Leute boten den Mördern Unterkunft, besorgten Geld und Sprengstoff. Dass die Ermittlungsarbeit der Polizei durch den Geheimdienst aktiv behindert wurde, steht mittlerweile außer Frage.

Sprecherin:

Rechte Gesinnung hat beim Verfassungsschutz Kontinuität:

Gegründet im Jahre 1950 mit ehemaligen Nazis sorgte der Geheimdienst dafür, dass Widerständler gegen den Nationalsozialismus erneut in deutsche Gefängnisse kamen. In den 60er Jahren bekämpfte er die Studentenbewegung. In den 70er und 80er Jahren lieferte er das Material für die Berufsverbote linker Aktivistinnen und Aktivisten. Vor neun Jahren scheiterten die Pläne für ein NPD-Verbot nicht zuletzt daran, dass diese bis in die höchsten Führungsetagen mit V-Leuten und Spitzeln des Verfassungsschutzes durchsetzt war.

Sprecher:

Doch statt einer Abschaffung dieses Geheimdienstes, der einen Fremdkörper innerhalb der Demokratie darstellt, wird derzeit über eine Reform diskutiert. In deren Zuge soll der Geheimdienst sogar noch gestärkt werden.

Die Organisatoren der Demonstration fordern nun eine nicht nur eine schonungslose Aufklärung, sondern dezidiert die Abschaffung des Verfassungsschutzes.

Die Demonstration startet am Samstag, 13. April, um 13 Uhr am Stachus in München.

Sprecherin:

Unsere nächste Sendung können Sie am 9.Juni 2013 – wieder um die gleiche Uhrzeit – auf Bayern 2 hören.

Die Texte dieser Sendung können Sie auch im Internet finden unter der Adresse: www.bfg-bayern.de. Dort finden Sie auch die Veranstaltungen der einzelnen Ortsgemeinschaften. Wir wünschen Ihnen einen schönen Sonntag!